

Aus der 76.Sitzung des brandenburgischen Braunkohlenausschusses am 14.04.2011

Im folgenden werden ohne Anspruch auf Vollständigkeit Informationen zur Sitzung gegeben, da das offizielle Protokoll umfangreich, in der Regel erst nach mehreren Wochen und nicht digital verfügbar ist. Es ist bereits angekündigt, dass zur Sondersitzung am 31. Mai noch kein offizielles Protokoll der Geschäftsstelle vorliegen wird.

Prolog

Etwa vierzig bis fünfzig Einwohner von Proschim und Welzow protestierten vor Beginn der Ausschußsitzung gegen den Tagebau Welzow-Süd, Teilfeld II. Zu den Fotografen, die die Aktion dokumentierten, gehörte auch ein Mitarbeiter von Vattenfall. Auf die Frage, ob jetzt Buch geführt würde, welche Welzower an den Protesten beteiligt sind, sagte er „Die Zeiten sind doch vorbei!“ Nicht jeder in Proschim und Welzow glaubt das.

TOP 3: Information zur Wasserqualität in vom Bergbau beeinflussten Gewässern, Wassermanagement und Grundwasseranstieg (insbesondere Laugfeld, Elbewasserüberleitung)

Es informierte Herr Zschiedrich., Leiter Ingenieurbereich Sanierung der LMBV, u.a.:

- Im Jahr 2010 dienten 107 Mio. m³ Flußwasser zur Flutung von Restseen (Elster 22, Spree 53, Neiße 32), allein 25 Mio m³ davon im August/September.
- Zur Behandlung saurer Seen favorisiert die LMBV Sanierungsschiffe („in-lake-Verfahren“). bei einem ersten Versuch in Burghammer wurden 11000 t Kalkstein und 4200 t Kalkhydrat verbraucht.
- Beim derzeit steigenden Austrag von Schwefelverbindungen aus den Kippen erwarte man nach 2020 eine Trendwende (sinkende Mengen), dennoch „dauert dieser Prozess mehr als hundert Jahre“.
- In Senftenberg wird noch in diesem Jahr mit den Baumaßnahmen für drei Horizontalfilterbrunnen begonnen, die das Gewerbegebiet Laugfeld und das östliche Stadtgebiet dauerhaft entwässern sollen.
- Im Greifenhainer See wird der Wasserspiegel gegenüber den Planungen um 2,6 m abgesenkt, um die Stadt Altdöbern zu schützen. Zusätzlich wird ein Südgraben um die Stadt errichtet, bis auf 17 Gebäude können so alle gesichert werden.
- Für Lübbenau sind ähnliche „komplexe Maßnahmen“ noch in Planung
- Zu den Rutschungen des letzten Jahres wurde sämtlichst Untergrundverflüssigungen als Ursache ermittelt. Allein acht dieser Ereignisse sind im Raum Schlabendorf/Seese belegt. Gesperrt sind aktuell 21.598 Hektar. Ein geotechnischer Beirat wurde als Beratergremium am 24.02. gebildet. Er soll am 24. Mai erste Ergebnisse vorstellen.
- Die Studie zur Elbewasserüberleitung befinde sich im Abstimmungsprozess. Die Überleitung sei technisch machbar, käme zur Flutung der Seen aber zu spät. Sie könne also ggf. der Gewässergüteentwicklung dienen. Kosten/Nutzen seien zu bewerten.

Auf Nachfrage wurde ausgeführt:

- Zur Deponie Bergen haben LMBV-Gutachter zu dem Ergebnis, dass keine gravierende Beeinflussung durch den Grundbruch am 12.10.2010 erfolgt sei. Der Deponiebetreiber habe aber zusätzlich einen unabhängigen Gutachterstab, der noch an dem Thema arbeite.
- Zu den (Ewigkeits-) Kosten des Trockenhaltens des Laugfeldes werde der Kapitalwert ermittelt (noch in Abstimmung). Bei einer Übertragung der Verantwortung würde er einem neuen Betreiber der Anlagen als Barwert ausgereicht.
- Die B 97 zwischen Spremberg und Hoyerswerda liege zum großen Teil auf einem Rütteldamm, ein kleiner Teil jedoch nicht. Dort laufe z.Z. ein Überwachungsprogramm. Einer gutachterlichen Einschätzung zufolge besteht bei der heutigen Nutzung keine Gefahr für Leib und Leben.

TOP 4: Information zum Verlauf des Planverfahrens „Fortschreibung des Braunkohlenplanes Tagebau Nochten“

Es berichtet Herr Paul vom zuständigen Planungsverband.

- Derzeit werde der Entwurf des Planes erstellt, es gäbe einzelne Veränderungen, z.B. beim Zuschnitt der Bundeswehrfläche
- Im Sommer beginne die Auslegungsphase, der Erörterungstermin ist für Frühjahr 2011 vorgesehen, der Satzungsbeschluss und die Genehmigung durch die Staatsregierung bis Ende 2012.
- Es seien aus Sicht des Planungsverbandes „keine raumordnerischen Gründe ersichtlich, die eine Fortführung des Tagebaus in das Abbaugbiet 2 ausschließen.“

Auf Nachfrage:

- Die im Braunkohlenplan 1994 und Vorentwurf der Fortschreibung von 2008 sich unterscheidenden Grundwasserbeeinflussungslinien zum Abbaugbiet 1. „ergeben sich aus den uns zugearbeiteten Unterlagen“.
- Der Bau einer Dichtwand werde geprüft, die geologische Situation sei aber sehr schwierig

Vattenfall (Prof. Dähnert):

- 2012 sollen fünf Umsiedlungsverträge verhandelt und abgeschlossen werden: Mühlrose, Rohne, Mulkwitz, Schleife und Klein Trebendorf. Ab 2013 könne der Umsiedlungsprozess starten.

TOP 5: Stellungnahme des BKA zum Braunkohlenplanentwurf Tagebau Welzow-Süd, Weiterführung in den räumlichen Teilabschnitt II und Änderung im räumlichen TA I

Frau König (Landesplanungsabteilung) stellte für den erkrankten Herrn Geffers den Verfahrensstand vor. Die Versendung an die Träger öffentlicher Belange solle am 24.-26. Mai erfolgen, die Auslegung und die Veröffentlichung im Internet vom 1. Juni bis 31. Juli. Termin für die Stellungnahmen ist demzufolge der 15. August 2011.

Herr Wiedemann (Fugro Consult) machte Ausführungen zur Umweltprüfung.

Die Leiterin des regionalen Arbeitskreises Welzow-Süd, Frau Wolf kritisierte deutlich den Zeitplan der Anhörung. Die Kommunen hätten in der Sommerpause z.B. kein Amtsblatt und keine Fachausschüsse. Eine Verlängerung der Frist wurde von der Landesplanungsabteilung in Aussicht gestellt.

Die Welzower Bürgermeisterin Birgit Zuchold verwies auf die allgemein starken Belastungen der Stadt durch den Bergbau. Sie stellte die Forderungen eines Einwohnerantrages vor, der von 33 % der Bürger unterzeichnet und von den Stadtverordneten einstimmig angenommen wurde. Darin werden zusätzliche Entschädigungen für die Belastungen durch das Teilfeld I des Tagebaues gefordert. Sie forderte zudem stärkere Unterstützung des Landes bei für die Stadt beantragten Fördermitteln. Sie beantragte konkret eine Fristverlängerung in der Beteiligung bis 30. September. Im Planentwurf fehlten konkrete Aussagen zur Entschädigung Randbetroffener. Die Stadt könne dem Plan so nicht zustimmen. Es sei für sie angesichts der komplizierten Situation „schwer vorstellbar, wie die BKA-Mitglieder heute eine Stellungnahme zum Entwurf abgeben könnten.“

Petra Rösch, Ortsbürgermeisterin aus Proschim und zugleich Geschäftsführerin des größten Agrarbetriebes vor Ort (derzeit größtes Unternehmen mit Firmensitz im Amt Welzow) verwies darauf, dass sie im Firmenverbund Verantwortung für 86 Mitarbeiter trage. Man bewirtschafte bereits einen großen Anteil Kippenböden und habe damit viel Erfahrung. „Wir brauchen unsere gewachsenen Böden. Wir wollen Marktfrüchte bauen und nicht nur Hälmchen auf den Kippen sammeln.“ Dass in Proschim schon 1 Megawatt Ökostrom installiert sei, werde im Planentwurf gänzlich verschwiegen. Es sei widersinnig, wenn die Kohle die Erneuerbaren abbaggere, weil die Erneuerbaren noch nicht ausreichen. Sie übte zudem unerwartet scharfe Kritik an Vattenfall. „Ich weiß, was Vattenfall für negative

feindliche Manöver unternommen hat, um uns zu schwächen, zu spalten und zu isolieren“. Die Betroffenen würden gemeinsam gegen das Teilfeld II kämpfen, dass sie komplett ablehne.

Auch in der folgenden Diskussion waren zahlreiche Redebeiträge deutlich kritisch zum Planentwurf oder zum geplanten Ablauf der Beteiligungsverfahren. Die Ausschußmitglieder Winfried Böhmer, Thomas Burchardt und René Schuster hatten schon im Vorfeld der Sitzung den folgenden Umgang mit dem Planentwurf vorgeschlagen:

- „Vor dem Hintergrund, dass der Entwurf des Braunkohlenplanes zwar umsiedlungsrelevante Abbaugrenzen, aber keine Flächen für die Wiederansiedlung der Einwohner ausweist und dass die Umweltprüfung konzeptionelle und räumliche Alternativen zur Planung nicht angemessen geprüft hat, wird eine gründliche Überarbeitung des Planes für notwendig erachtet, bevor ein Beteiligungsverfahren eingeleitet werden kann.
- Die Landesplanungsbehörde wird aufgefordert, zur Frage der energiepolitischen Notwendigkeit einer Inanspruchnahme des Teilfeldes II eine Stellungnahme des Sachverständigenrates für Umweltfragen der Bundesregierung einzuholen. Dieser ist regelmäßig, fundiert und unabhängig mit Zukunftsfragen der Energieversorgung Deutschlands befaßt.“

Nachdem sich offenbar eine Abstimmungsniederlage für den Planentwurf abzeichnete und viele gestellte Fragen noch nicht beantwortet waren, unterbrach der Vorstand die Sitzung für zehn Minuten, in denen er sich zurückzog. Nach dieser Pause schlug er vor, alle vorgebrachten Bedenken in einer kurzfristig anzuberaumenden Sondersitzung zu diskutieren und dort dann zu einer Beschlußfassung über die Stellungnahme zu kommen, damit das Planverfahren weitergehen könne. Der konkrete Termin 31. Mai wurde wenige Tage darauf von der Geschäftsstelle bekannt gegeben.

Es liegt nahe, dass der Ausschussvorstand nicht nur den Zeitplan der aktuellen Sitzung retten, sondern auch verhindern wollte, dass die o.g. Formulierungsvorschläge oder ähnlich deutliche Kritik am Planentwurf als offizielle Stellungnahme des Ausschusses verabschiedet werden. Der Gegenwind war im Vorfeld offenbar völlig unterschätzt worden. Dass der Ausschuß nicht die fest eingeplante Zustimmung gab, auf der Grundlage des vorliegenden Entwurfes das Verfahren fortzusetzen, ist eine unerwartete Blamage für die Brandenburgische Braunkohlenplanung.

Im Herbst 1993 hatte übrigens schon einmal der BKA einem Braunkohlenplan Welzow-Süd (damals natürlich Teilfeld I) seine Zustimmung verweigert. In einer kurzfristig anberaumten Sitzung wenige Woche darauf stimmte er plötzlich mehrheitlich zu. In der Zwischenzeit hatte es intensive Einzelgespräche mit den Ausschußmitgliedern gegeben... Ob das auch heutzutage wieder versucht wird, darf man gespannt verfolgen.

TOP 6: Information zum Stand des Braunkohlenplanverfahrens Tagebau Jänschwalde-Nord

Herr Sell informierte, dass der Scopingtermin zu diesem Braunkohlenplanverfahren am 25.05.2011 in einem abgegrenzten Teil der Stadthalle Cottbus stattfinden wird. Die Scoping-Unterlagen würden am 15. oder 18. April an die Träger öffentlicher Belange verschickt.

René Schuster,
GRÜNE LIGA Umweltgruppe Cottbus